

Drei Paradoxien kennzeichnen die Lage der europäischen Linken zu Beginn des neuen Jahrhunderts. Jede einzelne von ihnen bewirkt, daß die politische Überzeugungskraft schwindet. Jede einzelne führt zu Verspätungen und Verlusten an Modernität. Es geht um das Verhältnis von Nation und Internationalismus, um das „Projekt Europa“ und um die Kontrolle wirtschaftlicher Macht.

Am Beginn der organisierten Arbeiterbewegung stand der Appell des „Kommunistischen Manifests“: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Nach heutigem Sprachgebrauch war das Internationalismus oder Globalismus pur. In Deutschland machten die Gegner der Sozialdemokraten, von Bismarck bis zu Kaiser Wilhelm II., daraus das Schimpfwort von den „waterlandlosen Gesellen“. Es brauchte Generationen des Hineinwachsens in die deutsche Republik, bis sich die SPD souverän über diese Diffamierung hinwegzusetzen verstand.

Heute haben sich die Verhältnisse in ihr Gegenteil verkehrt. Nach wie vor konzentriert die Linke – Sozialdemokratie, Kommunisten wie Gewerkschaften – praktisch alle ihre Kräfte auf das Ringen um die nationale Macht. Das Kapital erweist sich unaufhaltsam als Schrittmacher von Entgrenzung und weltweiter Vernetzung. Auf der Jagd nach Profit umspannt es den Erdball, ganz so, wie es die „große Erzählung“ des Manifests beschreibt. Aber sein prophezeiter „Totengräber“ klammert sich fest an der Scholle des Nationalstaats.

Das „Projekt Europa“ liegt auf halbem Weg zwischen Nationalstaat und weltweiter Regulierung. Früher als bei Konservativen und Liberalen hatte die europäische Einigung Eingang in die sozialdemokratische Programmatik gefunden. Schon 1925 gelangte das Heidelberger Grundsatzprogramm zu der Einsicht, daß „wirtschaftliche Ursachen zwingend zur Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit“ führen müßten. Deshalb forderte es „die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa“, und zwar nicht nur im Interesse der beteiligten Nationen, sondern „um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen“.

Nach 1945, als im Zeichen des beginnenden „Kalten Kriegs“ mit der Montanunion die Grundlagen europäischer Integration geschaffen wurden, erkannten weder Kurt Schumacher noch Clement Attlee die Zeichen der Zeit. Adenauer, Schumann und De Gasperi, bürgerliche Politiker, wurden die Gründungsväter Europas. Gewiß fußt die Europäische Union in ihrer heutigen Gestalt nicht minder auf den Beiträgen François Mitterrands, Jacques Delors' oder Willy Brandts. Dennoch: Die Grundidee der Vergemeinschaftung, die Übertragung von Souveränitätsrechten zur Herausbildung neuer supranationaler Staatlichkeit, wird von der Linken lediglich hingenommen, sie wird toleriert. Konzeptionell angeeignet aber wird diese Idee bis heute nicht, schon gar nicht antizipiert.

Soziale Gerechtigkeit oder Kontrolle wirtschaftlicher Macht?

Über viele Jahrzehnte hinweg gehörte die Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel zum Kern sozialdemokratischer Programmatik. In der SPD begrenzte man dieses Vorhaben schon mit dem Heidelberger Programm auf die Sozialisierung der Großindustrie; später traten Konzepte der Wirtschaftsdemokratie hinzu, von Gemeinwirtschaft und Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen. Aber selbst das Godesberger Programm von 1959 kreiste um den Gedanken der Kontrolle wirtschaftlicher Macht. Und die französische Linke bestritt noch 1981 ihren großen Wahlsieg mit der Parole: „Nationalisieren, um nicht multinationalisiert zu werden“.

Vergleicht man damit die heutige Praxis der sozialdemokratischen Parteien, könnte der Kontrast kaum größer sein. Weithin verstrickt in Abwehrkämpfe um die Behauptung des Wohlfahrtsstaats, hat gerade einmal die allgemeine Zielsetzung überlebt, für soziale Gerechtigkeit einzutreten. Von lenkenden Eingriffen in die kapitalistische Wirtschaft ist so gut wie nirgends mehr die Rede.

Der Nationalstaat hat sich bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts als der Rahmen moderner Demokratie erwiesen, der allen anderen Formen überlegen war. Im Zeichen des allgemeinen Wahlrechts bot gerade diese nationalstaatliche Spielart von Demokratie auch den Sozialdemokraten die beste Möglichkeit, für ihre Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu werben. Daß dieser Rahmen allerdings niemals stark genug gewesen wäre, auf sich gestellt den Übergang zu einer sozialistischen Wirtschaftsordnung zu ermöglichen und zu sichern, muß nach den Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts bezweifelt werden.

Aber darauf schien es für die Linke jahrzehntlang nicht anzukommen, eröffneten doch der Aufbau sozialer Sicherungssysteme und die Etablierung tief gestaffelter öffentlicher Güter ein reichhaltiges Betätigungsfeld. Allgemeiner Zugang zu Bildung, Wissenschaft, Gesundheit, der Aufbau moderner Infrastrukturen und generell die soziale „Einhegung“ oder Regulierung der Wirtschaft zählten dazu. Solange man in dieser Richtung vorankam, war der Verzicht auf die Einlösung sozialistischer Ziele leicht zu verschmerzen.

Es genügt der schnelle Blick zurück, um das ganze Ausmaß der Veränderungen zu erfassen, die die Sozialdemokraten in Europa heute bewältigen müssen. Die Arbeitslosigkeit ist massiv und nachhaltig in die Mitgliedstaaten der EU zurückgekehrt; erst recht gilt das für die Beitrittsländer Mittel- und Osteuropas. Europäisierung und Globalisierung unterminieren die Reichweite nationaler Gegenstrategien von Jahr zu Jahr stärker. Der demographisch bedingte Rückgang der einheimischen (Erwerbs-)Bevölkerung wirft sei-

Europa und die Sozialdemokratie

Von Professor Dr. Detlev Albers

Im Jahr 1925 verlangte das Heidelberger Grundsatzprogramm der SPD die „Bildung der Vereinigten Staaten von Europa“. Trotzdem haben die Sozialdemokraten in Deutschland wie die europäische Linke insgesamt bislang nicht zu einer authentischen Europa-Politik gefunden. Wie ist diesem Mangel abzuwehren?

ne Schatten voraus. Notwendige Anpassungen auf dem Sektor der sozialen Sicherheit wie der öffentlichen Güter werden immer stärker als Demontage wahrgenommen. Selbst die Entwicklungschancen der Wissens- und Informationsgesellschaft kommen allzuoft im Gewand von Ausgrenzung und Verlust an gesellschaftlicher Solidarität daher.

Daher überrascht es kaum, daß eine Dominanz sozialdemokratischer Staats- und Regierungschefs in Europa bis heute Episode geblieben ist. Auf den kurzen Zeitraum von Amsterdam 1998 bis Lissabon 2000 folgte eine noch immer nicht beendete Serie empfindlicher Wahlniederlagen der Linken. Längst ist der Europäische Rat wieder fest in der Hand bürgerlicher Staats- und Regierungschefs. Der jüngste Erfolg der spanischen Sozialisten verdankt sich grobenteils der Tragödie des 11. März dieses Jahres. Die französische Linke konnte zwar kürzlich die Regionalwahlen für sich entscheiden. Von einer Wende in Paris auf der Basis grundlegender Erneuerung ist sie jedoch noch weit entfernt. Wohl behauptet sich Rot-Grün in Berlin, allerdings unter enormem Verlust an Popularität.

Offenkundig handelt es sich bei diesen Krisenerscheinungen um mehr als nur um die Schwierigkeiten einer einzelnen Partei. Die Belastbarkeit von Bürgern und Parteimitgliedern durch Reformen, die auch Einbußen einschließen, stößt an Grenzen, wenn sie nicht zumindest mit plausibler Hoffnung auf künftige Verbesserungen verbunden wird. Mangelt es jedoch an Mut und Phantasie zur Ausarbeitung einer solchen Zukunftsperspektive, wird niemand dem Aufkommen von politischer Apathie begegnen können.

„Nur die Reichen können sich einen schwachen Staat leisten“ – so lautet eine oft verwandte Maxime der Linken. Auf die Mitgliedstaaten der EU trifft sie gleich in doppelter Weise zu. Sie verlieren in der Globalisierung an Gestaltungsmacht und übertragen zusätzlich große Teile ihrer längst ausgehöhlten Souveränität auf Brüssel. Um so vordringlicher ist es für die europäische Linke, nach Kompensationen Ausschau zu halten.

Jacques Derrida und Jürgen Habermas haben, angelehnt an Dominique Strauss-Kahn, den 15. Februar 2003 als die „Geburt einer europäischen Öffentlichkeit“ bezeichnet. Sie meinen damit den millionenfachen Protest der Bürger Europas, von Lissabon und Madrid über Paris und London bis nach Berlin, Rom und Warschau, gegen den drohenden Angriff der Vereinigten Staaten und Großbritanniens auf den Irak. Das europäische Nein zur Logik des Präventivkriegs bildete die Gemeinsamkeit, die sich in diesen Kundgebungen von unten Bahn brach.

Kaum ein Jahr später läßt der mörderische Anschlag von Madrid erkennen, in welchem Maße tatsächlich Tiefenschichten europäischer Identität getroffen sind. Denn

erst daraus kann ja eine neue Form von „Schicksalsgemeinschaft“ hervorgehen, wie sie nach der Definition des Austromarxisten Otto Bauer für jede Nationenbildung, also auch für die europäische, unentbehrlich ist. Jetzt, wo der islamistische Terror bis in das Herz Europas ausgreift, muß Europa eine eigenständige Antwort geben: entschlossene Abwehr nach innen, ohne den Boden von Demokratie preiszugeben,

men. Durchgängig wird man der Erfahrung begegnen, daß weder Konservative noch Liberale Widerstand leisten, wenn öffentliche Güter zurückgeführt oder der „Selbstregulierung“ des Marktes überlassen werden sollen. Aus ihrer Perspektive geht von (national)staatlichen Kompetenzverlusten keine Gefahr aus, die durch neue europäische Gestaltungsmacht zu bannen wäre. Deregulierung erscheint für sich genommen als aus-

viel weiter gehender Anspruch auf inhaltliche und konzeptionelle Ausfüllung europäischer Staatlichkeit herleitet.

Was also ist zu tun, um zu einer authentischen Europa-Politik der Sozialdemokraten zu gelangen und damit aus den eingangs skizzierten Paradoxien herauszukommen? Ob der Schlüsselrolle, die den politischen Parteien in allen Mitgliedstaaten der EU zukommt, muß es überraschen, wie wenig Aufmerksamkeit bislang die Herausbildung europäischer Parteien im eigentlichen Sinne, also auch das Projekt einer wirklichen sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), erfährt. Bereits zum sechsten Mal wird direkt ein Europäisches Parlament gewählt, das endlich auch mehr Kompetenzen erhalten soll. Demgegenüber ist die innerparteiliche Willensbildung, etwa in der SPE, hoffnungslos zurückgeblieben.

Auch die Sozialdemokraten müssen zu einer echten europäischen Mitgliederpartei werden. Nötig ist künftig ein Mitgliederstatut, das ähnlich wie bei der Staatsbürgerschaft auf dem Prinzip der doppelten Mitgliedschaft in der nationalen wie in der europäischen Partei beruht. Ein solches Statut hätte die umfassende Willensbildung in der SPE von unten nach oben zu gewährleisten und zugleich die kleineren Parteien vor Majorisierung durch die größeren bei gemeinsamen europäischen Fragen zu schützen.

Eine solche Partei könnte die geistige Distanz jedes Bürgers der erweiterten Union zu Europa wesentlich verringern. Sie könnte das scheinbar altbackene und unattraktive Organisationsprinzip politischer Arbeit in Parteien mit Hilfe der Öffnung für europäischen Internationalismus wieder lebendiger machen. Im Wettstreit mit Organisationen wie Greenpeace oder Attac ließe sich mit einer tatsächlichen europäischen SPE vieles zurückholen, was heute an Politikverdrossenheit verloren scheint.

Mit der Erweiterung nach Osten hat die EU ein Format gewonnen, das praktisch alle Probleme der Gegenwart zu solchen der europäischen Innenpolitik werden läßt. Arm und Reich, digitale Lücke und Analfabetismus, frühindustrielles Bevölkerungswachstum und Überalterung, menschenbedingte Klimaveränderung und ungesteuerter Ressourcenverbrauch – jeder dieser Konflikte verlagert sich in die Gemeinschaft hinein. Ungleich härter als bisher werden sie dort als Gegensätze und Zielkonflikte aufeinanderstoßen. Zugleich aber verfügt die EU zumindest ökonomisch über ein derart großes Gewicht, daß sie unwiderruflich einer der wichtigsten Weltordnungsfaktoren ist. Was hier an Problemlösungen glückt, gewinnt Vorbildcharakter; was hier scheitert, hat kaum anderswo eine Chance.

Der Europäische Rat von Lissabon hat im Jahr 2000, nicht zuletzt auf Drängen seiner sozialdemokratischen Mitglieder, einen alten Konstruktionsfehler der Gemeinschaft behoben, jedenfalls dem Anspruch



verbunden mit der ernsthaften Bereitschaft, die sozialen Ursachen des Terrorismus abzubauen zu helfen. Entschiedene Abgrenzung zum Unilateralismus „made in USA“ und aufgeklärte Auseinandersetzung mit Fundamentalismen jeder Spielart, seien sie nun religiöser, ökonomischer oder sonstiger Herkunft, daraus können tatsächlich dauerhafte Bezugspunkte für das Selbstbewußtsein des „alten Kontinents“ entstehen.

Auf der Suche nach einem Ausgleich für den Bedeutungsverlust des Nationalstaats muß die Sozialdemokratie aber auch Positionen im Hinblick auf die heutige „europäische Staatlichkeit im Werden“ einneh-

reichender europäischer Handlungsauftrag. Das Kartellrecht markiert die äußerste Grenze, bis zu der öffentliche Vorgaben mitgetragen werden.

Ganz anders lautet die Antwort der Sozialdemokratie. Auf der Basis ihrer Grundwerte bejaht sie den Primat der Politik und des Allgemeinwohls gegenüber der Wirtschaft wie gegenüber jeglichen Sonderinteressen. Verlagert sich nun die Gestaltbarkeit der Verhältnisse von der nationalen auf die europäische Ebene oder gar auf das Feld weltweiter Regulierung, dann hat sich auch diese Ebene der Letztentscheidung demokratisch legitimerter Politik einzufügen. Es liegt auf der Hand, daß sich daraus ein sehr

Freiheit statt Vollbeschäftigung

Von Dr. Thomas Loer

Eine Krise ist stets das Scheitern des Alten und der Anbruch von etwas Neuem. Das Neue zu erkennen erfordert, das Scheitern des Alten anzuerkennen. So ist einzugestehen, daß jede Form der sozialen Sicherung, die auf Vollbeschäftigung beruht, nur noch um den Preis der Selbstknebelung möglich ist. Die Arbeitsgesellschaft als Gesellschaft der Erwerbsarbeit potentiell aller ist zu Ende. Neu aber ist, daß wir aufgrund einer in ungeheurem Maße gewachsenen und wachsenden Produktivität über einen gesellschaftlichen Reichtum verfügen, der es jedem Bürger erlaubt, würdevoll zu leben und seinen Lebenssinn in frei gewählten Feldern zu suchen. Der Zwang zur Erwerbsarbeit, den einige politische Programme in Form von Zwang zur Arbeit, der ja letztlich Zwangsarbeit bedeutet, wieder aufleben lassen, ist historisch überholt, ist unnötiger Zwang.

Die öffentliche Debatte wagt kaum einen Blick über die geltenden Deutungen hinaus. Die Orientierung an Erwerbsarbeit bleibt das Fundament auch hier. Die Wissenschaft, die diesen Konsens erschüttern könnte, verstrickt sich in kurzatmiger Politikberatung und läßt sich in Kommissionen verzeihen. In den Medien, vor allem dem Fernsehen, die für die Meinungsbildung der Öffentlichkeit eine wichtige Aufgabe hätten, werden tagein, tagaus dieselben Argumente wiederholt. Mit dem Genuß an Selbstkasteiung wird gebetsmühlenartig beklagt, Deutschland verliere wegen der schwachen Wirtschaft, des rückständigen Bildungswesens, der übertersorgenden Sozialsysteme und einer Politik, die unfähig sei, behindernde Regulierungen aufzuheben und die Wirtschaft der Freiheit der Marktkräfte zu überantworten, an Ansehen in der Welt. Der Abgang auf die „deutschen Verhältnisse“ wird unisono angedeutet und mitgebrummt; grundsätzliche Fragen werden nicht aufgeworfen.

Da der gesellschaftliche Reichtum ein je konkreter ist, der in der Geschichte eines konkreten politischen Gemeinwesens über Generationen erarbeitet wurde, kann die Teilhabe nicht mit abstrakten Menschen-

rechten begründet werden. Basis ist vielmehr die politische Zugehörigkeit zu diesem konkreten Gemeinwesen, das heißt der als politisch zu begreifende und politisch zu bestimmende Status als Bürger, was freilich nicht auf eine „Bürgerrolle“ zu beschränken ist, sondern die ganze Person als Menschen in seiner Würde umfaßt. Deshalb ist auch kein moralischer Appell angebracht, sondern politische Willensbildung.

Wollen wir Bürger denn unseren Reichtum verschwenden, indem wir unsere Refor-

Ein bedingungsloses Grundeinkommen ermöglichte es allen Bürgern, ein selbstverantwortliches Leben zu führen.

men hilflos darauf ausrichten, der Sonne der Vollbeschäftigung gen Westen nachzueilen, die doch am geschichtlichen Horizont längst untergegangen ist? Zu diesem Zweck müssen Arbeiten, die längst durch Maschinen und intelligente Systeme erledigt werden könnten, durch Menschen erledigt werden, die wir zum Empfang eines „Niedriglohns“ zwingen, indem wir ihnen die Sozialhilfe kürzen – was dann bürgerverachtend als Wahrung des Lohnstandsgebots bezeichnet wird; wir müssen Hochqualifizierte dazu zwingen, ihren Arbeitsplatz zu teilen, obwohl sie gern mehr als die übliche Wochenarbeitszeit in diese Arbeit stecken würden; wir müssen Menschen zwingen, zu einem bestimmten Zeitpunkt in Rente zu gehen, obwohl einige lieber viel eher sich einer selbstgewählten freien Arbeit widmen würden und auf ihrer Erwerbsstelle nur noch Dienst nach Vorschrift leisten, andere hingegen sind mit ihrer reichen Erfahrung noch gern viel länger in ihrer Erwerbstätigkeit verwicklichen würden – zum Wohle der allen dienenden Wertschöpfung; wir müssen Kinder zu einem

Zeitpunkt, da es für ihre Entwicklung schädlich ist, in Betreuungseinrichtungen geben, damit die Mütter und Väter ein Familieneinkommen erwerben können; Schülern und Studenten wird durch Schulzeitverkürzung, Bachelor-Studiengänge und Modularisierung eine vermeintlich berufsnahe und praxistaugliche Ausbildung angeschlossen, wo doch die Innovativität der Jugend geweckt werden könnte. Zwang, wohin man sieht, verbunden mit Mißtrauen des Staates gegenüber seinen Bürgern – und damit der Bürger gegenüber sich selbst.

Dieses in Kontrollen sich ausdrückende Mißtrauen geht einher mit obrigkeitstaatlicher Betreuung. So bergen auch die Agenda 2010 und die sogenannten Hartz-Gesetze entgegen allem Bekunden keinen Zuegang an Freiheit oder Unternehmertum. Sie tragen zur Verschleierung unserer Lage bei und degradieren etwa Bürger in der Bundesagentur für Arbeit zu Kunden. Weder können sie, wie es für jeden Kunden eines Geschäfts gilt, zwischen Anbietern und Produkten wählen, noch werden sie damit als Bürger ernst genommen. Zynismus und Realitätsverleugung muß man diesen Lösungsentwürfen der Sache nach bescheinigen, bei allen guten Absichten, die zu ihrer Entwicklung geführt haben. Die fehlende Anerkennung des Scheiterns verhindert auch hier im Detail angemessene neue Lösungen.

Oder wollen wir Bürger unseren Reichtum, der sich im technologischen Fortschritt ausdrückt und den der technologische Fortschritt vermehrt, nutzen zur Weiterentwicklung der Möglichkeiten eines selbstbestimmten und würdigen Lebens? Dann nämlich müßten wir Bürger selbst entscheiden und entscheiden können, ob wir – gegen geringe Bezahlung oder gar ehrenamtlich – Tätigkeiten ausüben wollen, die auch Maschinen ausüben könnten; ob wir fünf oder acht oder 60 Stunden lang in der Woche „intensivste Anstrengung“ in „freie Arbeiten“ investieren wollen; ob wir mit 30 aus dem Erwerbsleben ausscheiden und uns einer für uns sinnvolleren Tätigkeit widmen wollen oder ob wir unsere Lebens-

erfüllung darin sehen, uns bis ins hohe Alter hinein einer Erwerbstätigkeit zu widmen; ob wir uns Kindern und ihrer Entwicklung widmen wollen – vielleicht über die eigenen hinaus auch anderen ...

Freiheit, die hier den Zwang ersetzt, wird zugemutet. Sie ist eine Zumutung in zweierlei Hinsicht: eine Zumutung für unser heutiges Denken, das eben – übrigens immer den anderen – unterstellt, daß sie ihr Leben sinnlos vergeuden würden, wenn wir sie nicht – sei es wirklich, sei es in übertragener Sinne – ins Arbeitshaus steckten; und eine Zumutung für jeden von uns in einer von Zwang zur Vollbeschäftigung befreiten Gesellschaft, sich selbst und selbstverantwortlich Rechenschaft ablegen zu müssen für seine eigene Lebensführung.

Was aber könnte diese Chance ermöglichen, diese Zumutung herbeiführen? Die auf der Basis des über Generationen hin erarbeiteten Reichtums ruhende Existenzsicherung für alle Bürger, ein bedingungsloses Grundeinkommen. Die Befreiung von stupider Arbeit für die einen und eine Freisetzung ihrer kreativen Potentiale wäre zugleich ein Gewinn für die anderen, die nun nur noch auf motivierte Arbeitskraft zurückgreifen, ja um sie werben müßten. Das Vertrauen in die Bürger, in ihre Leistungsbereitschaft und Gemeinwohlorientierung, das damit gesetzt wäre, würde diese unter den Zwang setzen, dieses Vertrauen, das ja ein Selbstvertrauen wäre, nicht zu enttäuschen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde es allen Bürgern ermöglichen und abverlangen, ein selbstverantwortliches Leben zu führen. Das ist enorm. Vielleicht würde es Generationen dauern, bis wir uns in dieser neuen Freiheit zurechtfinden, dieser neuen Verantwortung gerecht würden. Wenn wir es aus Angst vor der eigenen Courage und in kleinlicher Bedenkträgerei nicht versuchen, werden wir es nicht erfahren. *Agere aude*: Freiheit statt Vollbeschäftigung bedeutete für unser Land eine wirkliche Reform, die die Zukunft wieder öffnete.

Der Verfasser ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Dortmund.

nach. Mit gleichem Rang verfolgt die EU seitdem die gemeinsamen Ziele der Wirtschafts-, Finanz- und Umwelt- sowie der Sozial- und der (Voll-)Beschäftigungspolitik. Der Verfassungsentwurf hat diese integrierte Zielsetzung um die „offene Methode der Koordinierung“ ergänzt. Auf lange Sicht soll damit die Risikoabsicherung bei Alter, Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten der EU angegangen werden. So entsteht ein neuer politischer Legitimationsmechanismus, von dem ein Angleichungsdruck auf die nationalen Sozialmodelle ausgehen wird.

Für eine europäische Wirtschaftsregierung

Die Angleichung der nationalen Sozialmodelle aber wird erforderlich sein, um die erweiterte EU zusammenhalten zu können. Aus demselben Grund müssen die Mittel für die Strukturfonds gestrafft werden. Trotzdem wird man auf mittlere Sicht nicht umhinkommen, die Beitrags-Obergrenze heraufzusetzen und eigene EU-Steuern zu erheben. Denn es gilt, eine Vielzahl von Aufholprozessen bei den Neumitgliedern zu stimulieren und zugleich den Altmitgliedern hinreichenden Spielraum für den Umbau ihrer Sozialsysteme und die dafür unabdingbare Innovationsoffensive zu belassen.

In der Projektion von Lissabon sind eine Vielzahl von bislang unerledigten Aufgaben enthalten. Besonders markant formulieren das die französischen Sozialisten, indem sie mit der Forderung nach einer „europäischen Wirtschaftsregierung“ als Gegenstück zur Europäischen Zentralbank (EZB) ausdrücklich über den Entwurf eines Verfassungsvertrags hinausgehen. Zu Recht bestehen sie darauf, daß eine gemeinsame Währung neben der EZB auch über den Rückhalt einer mit voller Handlungskompetenz im Bereich der Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik ausgestatteten Regierung verfügen muß.

Das gesellschaftspolitische Interesse der deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschaften konzentriert sich demgegenüber auf eine weitgefaßte Tarifautonomie und die Mitbestimmung in Betrieben wie Unternehmen. Nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen mit dem Unternehmerlager ist es inzwischen mit dem Statut der Europäischen Aktiengesellschaft aus dem Jahre 2001 gelungen, einen Bestandsschutz zugunsten der deutschen Arbeitnehmerrechte auch bei europäischen Unternehmensfusionen zu etablieren. Allerdings handelt es sich dabei nach wie vor um eine defensive Schutzklausel.

Das französische Konzept hat den Vorzug, das Potential Europas viel zielgerichteter als bisher zugunsten gesellschafts- und beschäftigungspolitischer Projekte zur Geltung zu bringen. Gelänge es zudem, die in Deutschland besonders weitreichenden Beteiligungsrechte von Betriebsräten und Gewerkschaften in ganz Europa zur Geltung zu bringen, würde der Sozialraum Europa in einem wichtigen Punkt weiterentwickelt.

Die Europäische Union hat große Aufgaben zu bewältigen. Und doch sind die Lage der Welt, der Zustand der Weltwirtschaft und die Lebensverhältnisse der Menschheit als Ganzes um ein Vielfaches dramatischer. Im vergangenen Jahr haben die europäischen Sozialdemokraten sowie die Sozialistische Internationale zwei Denkschriften vorgelegt, die sich durch eine große Übereinstimmung in der Beschreibung der Lage auszeichnen. Beide sind als ein Plädoyer für konsequente Regulierung und Kontrolle der Weltwirtschaft zu verstehen.

Gleichgültig, ob aus dem Blickwinkel des Nachhaltigkeitsprinzips, des Kampfes gegen die Armut oder für Geschlechtergerechtigkeit, nicht zuletzt auch unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit (allein im kommenden Jahrzehnt werden eine Milliarde junger Menschen zusätzlich ins Erwerbsleben drängen) – in jedem Fall müssen die internationalen Strukturen und die Machtverteilung verändert werden.

Das Spektrum der Forderungen reicht von der Errichtung eines UN-Rates für nachhaltige Entwicklung, der für Fragen der Weltwirtschaft, für Umwelt- und Sozialpolitik die gleichen Kompetenzen erhält wie der Weltgesundheitsrat, über die Erhebung globaler Steuern und deren Zusammenführung in einer Weltfinanzbehörde bis hin zu detaillierten Reformvorschlägen für Weltbank, Internationalen Währungsfonds und Welthandelsorganisation. Die internationalen Konzerne werden einem strikten Kontrollregime unterworfen, die Verhandlungsrunden über Dienstleistungen weltweit, über die Sicherung geistigen Eigentums und über den Abbau von Agrarsubventionen neu ausgerichtet. Zudem werden weitreichende Vorschläge zur Reform der Vereinten Nationen und zur Stärkung ihrer demokratischen Legitimation unterbreitet.

Aus der Außensicht kann die Einigung Europas eine Reihe bedeutender Vorzüge ins Feld führen. Zugute halten kann sich Europa auch die Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und innerer Sicherheit, ebenso die Grundpfeiler des europäischen Sozialmodells, dazu das Ringen um gute Regierung, um Transparenz und eine wachsame Öffentlichkeit, die sich gegen Korruption zu wehren versteht. Alle diese Eigenschaften entschärfen jedoch die globalen Befunde nicht im geringsten. Der Kampf für die radikalen Veränderungen, die in beiden Berichten verlangt werden, wird in Europa ebenso schwer zu gewinnen sein wie in den anderen Kontinenten. Aber er läßt die europäische Linke unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts wieder an Grundideen anknüpfen, für die sie einst entstand. Und er fügt der europäischen Integration jene Aufgabe hinzu, die den Sozialdemokraten der Weimarer Republik am wichtigsten war, nämlich „zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen“.

Der Verfasser lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bremen und war von 1995 bis März 2004 Vorsitzender der Bremer SPD. Friedel Anderson: Kontor, 1995